

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

9.12.1863 (No. 289)

Schritten und Ereignissen volle Unbefangenheit und alleinige Rücksicht auf die Rechte der Herzogthümer und Deutschlands abzuwarten und keinerlei Vorurtheil und vorgefasste Ansicht Raum gewinnen werde. Möge diese Hoffnung nicht getäuscht werden!

Indem durch den Exekutionsbeschluss die nächsten militärischen Maßregeln in die Hände der vier Mandatäre gelegt werden, ruht das Recht Dritter, die Aufgabe und Pflicht des übrigen Deutschlands, des deutschen Volkes *Leineswegs*.

Deutschland hat seine Sympathien wach und warm zu erhalten und nach wie vor zu betheiligen. Die Zeit kann nicht fern sein, wo die Exekution ihre nächste Aufgabe erfüllt, wo sie sich entweder als eine überflüssige oder als eine unzureichende Aktion herausstellt, wo die legitime Regierung Herzog Friedrich's VIII. neben ihr oder nach ihr in Holstein Fuß fassen muß. Das holsteinische Volk wird, frei von dem fremden Joch, seinen angestammten Fürsten erwarten und Deutschlands Volk wird ihm opferfreudig zu seiner Rückkehr in die lange verschlossene Heimath behilflich sein.

Die deutschen Regierungen, denen die endliche Sicherung des legitimen Rechtes und der deutschen Nationalität am Herzen liegt, mögen wachen, daß Nichts geschehe, was auch nur ein Titelchen davon dem fremden Feinde veräußern könnte.

Wir werden Anlaß haben, auf die Sachlage und auf Einzelheiten des gestrigen Bundesbeschlusses zurückzukommen. Wir werden uns dabei bemühen, tatsächliche Verhältnisse und das Gebot der nationalen Ehre und des Rechtes nach Möglichkeit zu gleicher Zeit zu beachten.

Sind gestern die Würfel, in einer unglücklichen Verkettung früherer Vorgänge einer rechtsfeindlichen Periode, gegen unsere Ueberzeugung gefallen, so wollen wir nicht vergessen, daß in der Entwicklung aller menschlichen Dinge gute und üble Tage wechseln, und in dem Vertrauen auf eine gerechte Sache dem endlichen Siege des legitimen und nationalen Rechtes entgegenzusehen!

Deutschland.

× **Frankfurt**, 7. Dez. Die heutige Bundestags-Sitzung war von ungewöhnlich langer Dauer. In derselben kam ein Antrag von Oesterreich und Preußen zur Abstimmung, der, unter Vorbehalt der kompetenzmäßigen Erledigung der Anträge über die Erbfolge-Frage, den sofortigen Eintritt der Bundesexekution vorschlägt. Der Antrag wurde mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen. Der Antrag des Ausschusses auf Okkupation war damit abgelehnt. (Vergl. Teleg. im gestrigen Blatt.)

Der Befehl zum Einmarsch ist dem Vernehmen nach sofort nach Dresden abgegangen.

In derselben Sitzung kam auch das Antwortschreiben der hohen Versammlung auf die Kongreß-Einladung des Kaisers Napoleon zur Verlesung. Dem Vernehmen nach lautet dasselbe zustimmend unter gewissen Bedingungen.

Frankfurt, 7. Dez. Die „Südd. Ztg.“ will wissen, Mecklenburg habe sich bei der gestrigen Abstimmung in der Schleswig-holsteinischen Sache anfänglich seiner Stimme enthalten, dann aber „nach einigem Besinnen“ doch noch für den österreichisch-preussischen Antrag gestimmt. Luremburg soll sich der Abstimmung enthalten haben. Die übrigen Glieder der Majorität sind Oesterreich, Preußen, Hannover, Kurhessen, Oldenburg, die 16. Kurie (Niederrhein, Reuß, Lippe, Waldeck und Homburg) und die Freien Städte.

Frankfurt, 7. Dez. (Fr. Bl.) Bei der heutigen Bürgermeistereiwahl für das Jahr 1864 wurde Hr. Senator v. Dven zum Ältern, und Hr. Senator Feller zum jüngeren Bürgermeister erwählt.

○ **Stuttgart**, 7. Dez. Nachdem in der letzten Sitzung der Zweiten Kammer das Judenemanzipations-Gesetz mit 67 gegen 15 Stimmen votirt worden, wurde in der Sitzung von heute Abend das Gesetz über die Herabsetzung des Alters der Volljährigkeit in Verathung genommen. Der Regierungsentwurf setzt dieses Alter nur von 25 auf 24 Jahre herab. Die Mehrheit der Kommission beantragt eine Herabsetzung auf 23 Jahre, eine Minderheit auf 21 Jahre, eine andere Minderheit gleichfalls auf 21 Jahre in allen zivilrechtlichen Fällen, wobei es jedoch in politischer Beziehung (Staats- und gemeindebürgerlichen Wahlrechten) bei dem bisherigen Alter von 25 Jahren sein Verbleiben haben sollte. Nach längerer Debatte, in der sich die große Mehrzahl der Redner für 23 und nur einige Wenige für 21 Jahre erklärten, wird die Sitzung abgebrochen und die Fortsetzung auf Mittwoch Vormittag vertagt. Voraussichtlich wird sich die große Mehrheit der Kammer für 23 Jahre erklären und entscheiden, während der Hr. Minister des Innern gleichfalls für 23 Jahre ist und nur der Justizminister, der aber heute nicht persönlich in der Sitzung erschien, die 24 Jahre beibehalten wissen will. — Auf Wohl's Antrag beschließt die Kammer, am Mittwoch die Schleswig-holsteinische Frage in einer Abend-sitzung zu behandeln. — Graf Baubissin ist in einer Mission des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein hier angelangt. — Diesen Abend trafen der Großfürst und die Frau Großfürstin Konstantin von Rußland zum Besuche hier an. Letztere ist eine Nichte unserer Königin und der Frau Markgräfin Wilhelm von Baden.

München, 5. Dez. (Sch. M.) Von Rom aus hat der König die neue Formation der Armee genehmigt. Daranach wird zu den vorhandenen beiden noch ein drittes Kürassier-, ferner drei Ulanenregimenter errichtet, deren Bestand an Pferden und Mannschaft aus den vorhandenen 6 Chevaux-legersregimentern entnommen wird; ferner ein 7tes und 8tes Jägerbataillon und eine 4te Sanitätskompagnie.

Nürnberg, 6. Dez. (Südd. Ztg.) An der heutigen Besprechung von Landtags-Abgeordneten verschiedener politischer Richtungen haben Theil genommen:

aus Oesterreich die Reichsraths-Mitglieder Brinz, Fleck, Groß, Hann, Mühlfeld, Rechbauer; aus Preußen Getto, Fr. Dunder, v. Hoverbeck, v. Unruh; aus Bayern K. Barth, M. Barth, Brater, Christmann, Crämer, v. Hofmann, Kolb, Baron Verchenfeld, Umbtscheiden, Böll; aus Württemberg Deffner, Duvernoy, Feyer, Hölder, Probst; aus Hannover v. Bennigsen; aus Sachsen Schaffrath; aus Thüringen Streit; aus Braunschweig Bieweg; aus Frankfurt a. M. S. Müller; aus Holstein Wiggers. [Aus Baden war dem Vernehmen nach ein Schreiben eingesandt worden, welches die Nichtvertretung durch die Landtags-Arbeiten motivirt, aber im voraus Zustimmung zu den zu fassenden Beschlüssen zusagt.] Den Vorsitz führte Hölder aus Stuttgart. Man beschäftigte sich, der jetzigen Lage entsprechend, ausschließlich mit der Schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Bis jetzt ist mit Stimmeneinheit auf Kolb's Antrag der Beschluß gefaßt, alle Mitglieder der gegenwärtigen deutschen Landesvertretungen zu einer öffentlichen Versammlung einzuladen, die am 21. Dezember in Frankfurt stattfinden und die Mittel und Wege berathen soll, wie für die Trennung der Herzogthümer von Dänemark und die Einsetzung des rechtmäßigen Herzogs am nachdrücklichsten gewirkt werden könne.

* **Nürnberg**, 7. Dez. Die ständige Kommission des Abgeordnetentages war heute hier versammelt, um die Schleswig-holsteinische Frage zu besprechen. Dieser Versammlung war gestern eine andere vorausgegangen, in welcher Repräsentanten aller Parteien saßen. Sie war ursprünglich zu einem andern Zweck berufen, als um über Schleswig-Holstein Beschlüsse zu fassen. Aber so sehr überragt das Interesse für letzteres im Augenblick alle übrigen, daß auch die Männer, welche gestern hier zusammen waren, sich veranlaßt sahen, den ursprünglichen Zweck ihres Kommens für dieses Mal bei Seite zu lassen und das Stillsichere, welches Abgeordnete aus Oesterreich wie aus Preußen, aus den Reihen des National- wie des Reformvereins sich gegeben hatten, zu benutzen, um in der Angelegenheit, in welcher alle Parteinterferenzen schwinden müssen, dem deutschen Volk ein Beispiel der Einigung zu geben und mit einheitlichem Beschlusse eine Versammlung der Mitglieder deutscher Landesvertretungen ohne Unterschied der Parteien auf den 21. Dez. nach Frankfurt a. M. zu berufen.

Dem gestrigen Beschluß stand die Kommission des Abgeordnetentages heute als einer vollendeten Thatsache gegenüber, die sie jedoch in unbefangener Würdigung der Forderungen, welche der Moment an jeden Patrioten stellt, nur freudig begrüßen konnte. Mit Rücksicht auf diesen Vorgang waren Beschlüsse der Kommission für jetzt nicht angezeigt und auch von einer speziellen Einladung der Mitglieder des Abgeordnetentages zum Besuch der Frankfurter Versammlung mußte Umgang genommen werden, da dieselbe auf die wirklichen Mitglieder der Landesvertretungen beschränkt ist, sohin sich nicht der Organisation des Abgeordnetentages anschließt. Die Kommission gab sich aber der zureichenden Erwartung hin, daß diejenigen Mitglieder des Abgeordnetentages, welche gegenwärtig Sitz in einer Landesvertretung haben, in ihrer großen Mehrheit am 21. Dez. in Frankfurt nicht fehlen werden. Selbstverständlich war in der Kommission darüber kein Zweifel, daß durch dieses Zusammengehen mit allen Parteien in einer bestimmten Frage die Organisation des Abgeordnetenhauses nicht berührt werde.

Gießen, 4. Dez. (Wett. B.) In seiner gestrigen Sitzung hat der hiesige Gemeinderath sämtliche Gewehre, 300 an der Zahl, den Studenten und Turnern behufs Vornahme von Exercirübungen zur Verfügung gestellt.

Wiesbaden, 7. Dez. (Fr. Z.) Bei der heute in Limburg vollzogenen Wahl der höchstbesteuerten Gewerbetreibenden zur Ersten Kammer sind die liberalen Kandidaten Th. Dilthey von Rüdelsheim, Georg Wimpf von Weilburg und Karl Siebeler von Dillenburg gewählt worden.

Köln, 5. Dez. (Fr. Z.) In Rheinlande, wo bis dahin den Sympathien für Schleswig-Holstein wenig Ausdruck verliehen wurde, ist ein Umschwung zum Bessern eingetreten. Hr. Stadtrath Classen-Kappellmann machte gestern Abend im politisch-geselligen Verein die Mittheilung, daß ihm Professor Silbemeister von Bonn brieflich angezeigt, es werde daselbst in wenigen Tagen eine große Volksversammlung, um das Interesse für die Erbfolge zu erhöhen, abgehalten werden. Außerdem werde die Herausgabe einer Broschüre vorbereitet, welche bei billigen Preisen darauf berechnet sei, zur massenhaften Vertheilung zu gelangen. Davon antwortend, schlug Hr. Classen eine größere Volksversammlung auf dem Gürzenich vor. Vor der Einberufung dieser Versammlung wird der Vorstand so viel wie möglich eine Einigung unter den hiesigen Parteien anstreben und gleichzeitig die Vereine oder hervorragende Personen der Rheinprovinz ersuchen, die Gürzenich-Versammlung zu beschicken.

Gotha, 6. Dez. (Fr. Z.) Die Organisation von Freitruppen für die Schleswig-holsteinische Sache ist nunmehr kräftig in's Werk getreten. Die früher bestehenden Komitees haben sich nach einer langen erfolgreichen Unterredung über die Lage der Dinge zu einem Zentralkomitee für ganz Deutschland vereinigt, welches hier seinen Sitz hat. Es besteht aus neun Personen; und zwar übernahmen die militärische Thätigkeit, die Sache der Freischaren, drei tüchtige Offiziere, Frhr. v. Mandl, die H. Wirthhorst und Montan; die finanzielle Staatsanwalt Sterzing, Dr. Schwarz und Dr. Henneberg; die verwaltende die H. Wirthhorst aus Leipzig, Ruffner und Hahn aus Gotha. Die militärischen Exerziten der jungen Freischar haben den besten Erfolg; ein Manifest, das in diesen Tagen ausgegeben wird, soll über die Thätigkeit des Hauptkomitees und die Bethelligung am Freikorps berichten.

Leipzig, 7. Dez. (Fr. Z.) Der hiesige allgemeine Turnverein bewilligte 100 Thlr. für Schleswig-Holstein. Auf nächsten Mittwoch ist eine Generalversammlung für

Schleswig-Holstein angefündigt. Ein Schleswig-Holstein-Zentralkomitee hat sich dahier konstituirt.

Hamburg, 2. Dez. Der bisherige österreichische Gesandte, Graf Blome, ist abberufen und Frhr. v. Lederer an seiner Stelle zum t. l. österreichischen Ministerresidenten hier ernannt worden.

Aus Holstein, 29. Nov. Einem Privatbrief entnimmt der „Nürnb. Korresp.“ Folgendes:

Was sind das für herrliche Zeiten, die Gott selbst uns so plötzlich geschickt! Voll freudigen Ernstes harren wir der Entscheidung, welche unser deutscher Bund bald, ja gleich treffen möge! Das Wort Krieg wird uns sehr geläufig und auch sehr nahe geführt! Unmittelbar vor meinen Fenstern durch die großen Stämme der Linden des Schlossgartens hindurch sehe ich zwei dänische Kanonenboote, die ihre Geschütze vorläufig nur Abends und Morgens als Wachtschiffe ertönen lassen; die ganze Stadt ist vollgefüllt mit Militär, und Patrouillen durchziehen mit geladenen Gewehren unangeseht die Straßen. Sie stoßen aber auf keine einzige Aeußerung des Aufruhrs, denn Alle sind einig, daß durch kleine Widersehligkeiten vor der Zeit nur die große Sache geschwächt würde. Die massenhafte Verweigerung des Geldes hat die Dänen überrascht; das hatten sie nicht erwartet. Viel Geld werden wir brauchen, erst für entsetzte Beamte, später, so Gott will! für den Krieg. Jedem befeuert sich jetzt schon selbst heimlich, legt eine kleine Privatkasse an, und so wird aus vielen Tropfen ein Strom werden, der Schiffe in Bewegung setzen und Eisen schmieden wird.

Aus Holstein, 5. Dez. (Südd. Ztg.) Die Zahl der Truppen, welche die Dänen bisher hier angehauft haben, wird auf 15,000 Mann und mehr geschätzt, sie fangen jetzt an zu requiriren: Pferde, Mannschaften, Arbeiten, Lieferungen aller Art, und falls ihnen Zeit gelassen wird, werden sie sicher das Land, das sie zunächst doch als verloren betrachten, möglichst gründlich ausaugen. Ob sie in der That, wie sie den Anschein sich geben, in Holstein eine Vertheidigung beabsichtigen (sie haben bereits begonnen, bei Neumünster eine Anzahl Schanzen zu errichten), mag dahingestellt sein.

Aus Schleswig-Holstein, 4. Dez. (Fr. Z.) Am heutigen Tage hatten sich Männer aus allen Theilen Schleswig-Holsteins im Hamburger Kasino versammelt. Sie einigten sich dahin, daß zunächst allenthalben ein Schleswig-holsteinischer Landesausschuß zu begründen und dafür zu sorgen sei, daß die Steuern, wo sie noch nicht einbezahlt worden, nicht für die Regierung Christian's IX. einzuzahlen seien. Ferner wurde beschloffen, nach dem Einrüden der Bundestruppen Massenversammlungen abzuhalten, in welchen dem Herzog Friedrich zu hulbigen und die Anerkennung seiner Herrschaft auszusprechen sei.

Berlin, 6. Dez. Ein Korrespondent des „N. Kor.“ glaubt der Hoffnung Raum geben zu dürfen, daß mit der Erklärung des Herrn v. Bismarck im Abgeordnetenhause Preußens letztes Wort noch nicht gesprochen sei. Von militärischer Seite, namentlich von Seiten des Königs, des Prinzen Friedrich Karl und des Kriegsministers v. Moos, sei man für ein entschiedenes Vorgehen gegen Dänemark gestimmt. — Die preussische Parlamentskorrespondenz schreibt, die liberalen Parteien des Abgeordnetenhauses seien darin einig, dem Ministerium, falls es bei seiner in der Sitzung vom 1. Dez. ausgesprochenen Politik, welche weder die augustenburger Erbfolge, noch die Landesrechte Schleswig-Holsteins wahr, bleibe, keine Mittel zu bewilligen; träte es dagegen vom Londoner Vertrag zurück, wozu es sich die Möglichkeit offen gehalten hat, so trete erst dann die Frage des persönlichen Vertrauens zu den Ministern in Bezug auf etwaige Bewilligungen an das Haus, und es gelte allgemein als zweifelhaft, daß eine solche nationale Wendung der preussischen Politik erfolgen könne, ohne daß zugleich ein Personenwechsel einträte. Die Hoffnung, daß diese Wendung überhaupt noch möglich sei, knüpft sich lediglich „an eine Stelle über dem Ministerium“, von der aus auch jener Vorbehalt eines eventuellen Rücktritts vom Londoner Vertrag in die bekannte Erklärung des Staatsministeriums hineingebracht sein soll.

Die „N. Pr. Ztg.“ schreibt:

Bei der aus Kopenhagen gemeldeten Aufhebung des Patents vom 30. März d. J. handelt es sich um einen Coup, den Dänemark jetzt — gewiss auf Englands Antreiben — macht, um dem Deutschen Bund wo möglich den Rechtgrund zur Exekution zu entwinden. Denn allerdings war jenes Patent der A u s g a n g s p u n k t für die Befähigung des Bundes wegen der Exekution. Jetzt zieht Dänemark das Patent zurück — aber, nachdem es die Inkorporation Schleswigs, welche durch jenes Patent vorbereitet wurde, durch die neue Verfassung, die am 1. Jan. l. J. in Kraft treten soll, vollzogen hat. Die Sache ist etwa so: A sagt zu B: Ich werde Dich nicht im Besitz Deines Gartens lassen. B kündigt ihm Zwangsmaßregeln dagegen an. A zieht schnell einen Zaun durch den Garten und nimmt sich die Hälfte weg, und nun erklärt er, daß er seine frühere Drohung zurücknehme und sich alle Maßregeln wegen derselben verbiete! So ungefähr sieht die Sache — obwohl jeder Vergleich in etwas hinkt.

Bronberg, 4. Dez. (N. Z.) Gestern ist hier in einer stark besuchten Volksversammlung folgende Resolution angenommen worden:

Mit freudiger Zustimmung haben wir den Aufruf des deutschen Nationalvereins gehört und werden unsern schwer bedrückten Brüdern in Schleswig-Holstein und ihrem legitimen Herzog Friedrich VIII. zur Verjagung des Reichsfeindes von deutscher Erde jedes Opfer bringen.

† **Wien**, 5. Dez. So hätte sich nun auch das Abgeordnetenhause in der Schleswig-holsteinischen Frage vernehmen lassen. Wohl selten hat ein Minister mehr Bitterkeiten hören müssen, als gestern Graf Rechberg; aber nach einer tief einschneidenden Kritik nicht bloß der Politik des gegenwärtigen Kabinetts in Sachen Schleswig-Holsteins, sondern der Politik dieses Kabinetts überhaupt, und nachdem sogar das Wort gefallen war, daß das Vertrauen in die Geschäftsführung des Ministers tief erschüttert sei, ging das Haus, ohne irgend eine Resolution zu fassen, auseinander. Dem Ganzen fehlte es nicht an den anregendsten drastischen Momenten, aber man vermied die praktische Spitze; es fand sich Niemand, der wenigstens die Meinung des Abgeordneten-

hauses in der bedeutungsvollen Form eines Beschlusses zusammengefasst hätte. Viele glänzende Reden wurden gehalten, sie werden tiefen Eindruck im Volke machen, sie werden ein Zeugnis ablegen für die Gesinnung und den Freimuth der österreichischen Volksvertretung, aber sie können doch eine unmittelbar praktische Bedeutung nicht ansprechen. Das Parlament hat das Recht, Beschlüsse zu fassen; es hat davon gestern keinen Gebrauch gemacht. Von Interesse ist es übrigens, daß der Minister des Auswärtigen allein in der Besprechung stand; kein einziger seiner Kollegen kam ihm zur Hilfe; auch die anwesenden Räte des Ministeriums, die in den deutschen Angelegenheiten vorzugsweise thätigen H. v. Biegeleben und v. Wenzhengen, schwiegen. In der Diplomatensloge folgte der französische Botschafter den mehr als fünfständigen Verhandlungen mit gespanntester Aufmerksamkeit; in der Hofloge war der Ministerpräsident Erzherzog Rainer erschienen.

Stuttg. 3. Dez. Auch hier regen sich lebhaft Sympathien für Schleswig-Holstein. Die hiesige Zeitung, „Die neue Zeit“, enthält einen Aufruf der H. H. Paul Franz Primavesi, Moriz Primavesi, Joseph Engel, Eduard Böhm, J. C. Machanek, C. Schröter, C. M. Klob an die Bewohner Nördens, um Geldbeiträge für die Verteidigung der Rechte der Herzogthümer zu leisten.

Graz, 6. Dez. (Presse.) Die für heute bestimmte Studentenversammlung, mittelst welcher eine Kundgebung für Schleswig-Holstein beabsichtigt wurde, ist durch Erlaß des Staatsministeriums verboten worden.

Oesterreichische Monarchie.

Krafsau, 4. Dez. Das Blatt „Ezas“ ist auf Antrag des Staatsanwalts auf drei Monate suspendirt worden. Dieser Beschlus ist durch die Haltung des „Ezas“ in der polnischen Frage begründet.

Schweiz.

Bern, 7. Dez. (M. L. B.) Heute wurde die Bundesversammlung eröffnet. Im Nationalrat sprach Alterspräsident Stodmar von der Würdigbarkeit partieller Modifikationen der Bundesverfassung. Im Ständerath hofft Präsident Häberlin, die Pazifikation Europas, welche der großartigen Idee eines Friedenskongresses zu Grund liege, möge erreicht werden, indem die bei der Einladung und deren Beantwortung ausgesprochenen Gesinnungen allseitige Bethätigung finden.

Italien.

Rom, 7. Dez. (M. L. B.) Se. Maj. der König Max von Bayern wird morgen, 8. d., die Rückreise nach Bayern antreten.

Frankreich.

Paris, 7. Dez. Der „Moniteur“ veröffentlichte gestern die Antworten der Königin von Spanien und des Königs von Schweden, und heute (nach dem „Bund“) jene des schweizerischen Bundesraths auf das kaiserl. Einladungs-schreiben. Dem Vernehmen nach wird das offizielle Blatt nach einander die Antworten aller Souveräne bringen, und dieser Veröffentlichung soll sodann ein faßl. Manifest in Kongresssprache folgen. — Morgen wird der Gesetgeb. Körper in seinen Abtheilungen die Adresskommission ernennen. Die Arbeit der Kommission dürfte nicht frühzeitig genug fertig sein, um die Adressdebatten noch vor den Weihnachts- und Neujahrsferien beginnen zu können. — Der Senat seinerseits wird sich morgen in öffentlicher Sitzung versammeln, um von dem Adressentwurf Kenntniß zu nehmen. — Dem „Pays“ zufolge wird der Gesetzentwurf wegen der Anleihe von 300 Millionen noch vor Ende der Woche vor die Abgeordnetenkammer gelangen. — Heute Abend geben die jüngeren Advokaten bei Besour im Palais-Royal ein Banket zu Ehren des Hrn. Ernst Picard. Man bemerkt, daß Hr. Ed. Diltier und selbst Hr. Jules Favre — mit deren Verhalten im Gesetgeb. Körper man unzufrieden ist — nicht zu dem Banket geladen wurden. — Hr. Guéroult ist als Gerant der „Opinion nat.“ abgetreten, wie man sagt wegen der Schwierigkeit, die Unverletzbarkeit des Abgeordneten mit der schweren Verantwortlichkeit eines Zeitungsgeranten zu vereinbaren. — Die auf heute angelegt gewesene Revue des Generals Mellinet über die Nationalgarde wurde trotz des schönen Wetters abgesetzt, und wie man versichert, bis zum nächsten März verschoben. — Der Generalinspektor der Arbeiten am Suezkanal, Hr. Sala, reist heute Abend nach Alexandria ab. Nach heute bei der Gesellschaft eingetroffenen Privatbesprechungen sind die Arbeiten am Süßwasserkanal bis Suez vollendet und wird die Einweihung des Bassins bei Suez zwischen dem 17. und 20. in feierlicher Weise stattfinden. — Heute 67.15. Ital. Anl., erst stark angeboten zu 71.25, schließt fest zu 71.45.

Aus Paris wird der „N. Fr. Ztg.“ geschrieben, daß die offiziellen Blätter dort nächster Tage Artikel veröffentlichen werden, worin ausdrücklich dargelegt wird, daß die Lösung der Herzogthümerfrage dem „allgemeinen Stimmrecht“ überantwortet werden müsse.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Dez. Dem Reichsrath ist unter anderen Aktenstücken auch ein preussischer Protest vom 20. Nov. gegen die neue Gesamtverfassung und die Einverleibung Schleswigs in Dänemark übergeben worden. Derselbe wird als im Widerspruch stehend mit den Verpflichtungen bezeichnet, welche Dänemark durch das Bononer Protokoll und die Verträge von 1851/52 übernommen habe.

Kopenhagen, 3. Dez. Die Stimmung ist nicht gedrückt, die des Königs vielmehr am meisten; aber auch des Volkes bemächtigt sich eine dumpfe Erkenntniß, daß Dänemarks innere und äußere Stellung nach der gewaltsam erzwungenen königlichen Sanction des neuen Verfassungsgesetzes nicht unbeträchtlich erschüttert ist. Dazu kommt, daß die Nachrichten aus Schweden auch geeignet sind, niederschlagend zu wirken, und daß von den hieher berufenen Holsteinern keiner das Ministerium für Holstein übernehmen will.

Kopenhagen, 3. Dez. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Die russische wie die englische Regierung haben dem König Christian, im Fall er sich bewegen finden werde, mit der Politik des Ministeriums Hall zu brechen, zum Schutz gegen etwaige Vergewaltigung eine hinreichende Seemacht zur Verfügung gestellt. Die Mächte üben überhaupt eine starke Pression auf den König aus; er schwankt, aber das Ministerium Hall wird kräftig unterstützt von einer dem König sehr nahestehenden hohen Obrigkeit, der eigentlichen Urheberin der Londoner Thronfolge-Drang.

Großbritannien.

London, 5. Dez. (Köln. Ztg.) Ueber die Stellung Englands zur Schleswig-holsteinischen Sache gehen in der deutschen Presse, so weit sie mir zu Gesicht kommt, so viele abenteuerliche Gerüchte um, daß es angezeigt scheint, aus der vollen Kenntniß der Wirklichkeit heraus wenigstens die größten Irrthümer zu berichtigen. Die englische Flotte geht, um dies gleich zu sagen, nicht nach Kopenhagen. Die Nachricht davon war auch kein vom englischen Ministerium eingeebener Schreckschuß für Deutschland, sondern eine telegraphische Ente aus dem Wildpark des Hrn. Reuters. Ueberhaupt ist es der englischen Regierung niemals in den Sinn gekommen, zur Aufrechthaltung des Londoner Traktates Gewalt, sei es gegen Dänemark oder die Herzogthümer, zu gebrauchen. Diejenigen deutschen Diplomaten, welche schon 1850 in der Schleswig-holsteinischen Sache arbeiteten, müssen sich erinnern, daß gleich nach der Unterzeichnung des Protokolls vom 2. Aug. 1850, auf dessen Zustandekommen allerdings das damals gespannte Verhältnis zwischen England und Rußland Einfluß übte, das englische Ministerium ein mögliches gewaltthätiges Einschreiten für die Integrität der dänischen Monarchie von sich ablehnte. Bin ich recht unterrichtet, so hat auch der Professor Gerwinus, welcher damals als diplomatischer Agent der Schleswig-holsteinischen Regierung hier verweilte, eine dahin lautende Erklärung von Lord Russell, dem damaligen Premier, entgegengenommen, daß England unter keinen Umständen die Durchführung des im Protokoll enthaltenen Grundgesetzes erzwingen wolle. Dieser Ansicht ist England im ganzen Verlauf der Angelegenheit treu geblieben. — Gegenwärtig gibt man in den entscheidenden Kreisen nur deshalb etwas auf den Londoner Vertrag, weil man glaubt, sein Aufrecht-halten werde einen größeren Krieg vermeiden lassen. Alles Andere, was die Presse bringt, sind zum Theil recht dünne Redensarten. Vor Dänemark und seiner Welt Herrschaft fürchtet man sich nicht mehr. Schweden und Dänemark, letzteres um des ersten willen, werden immer anti-russisch sein müssen. Das Dänemark mit 2 Millionen das europäische Gleichgewicht erhalten, mit 1,200,000 Einwohnern dasselbe stören würde, ist absurd. Eben so wenig ist es wahr, daß man die deutsche Kriegsschiffe fürchtet, welche ein Schleswig-Holstein plötzlich erstehen lassen könnte. Hier weiß man zu gut, was alles Vorbedingungen einer respektablen Seemacht sind, um solche Hirngespinnne auszusenden, wie sie die Leute vom süßen Wasser häufig hinter'm Ofen aushecken. Nach meiner Ueberzeugung riskirt Deutschland durch energisches Auftreten für Schleswig-Holstein nicht das Geringste, wobei ich voraussetze, daß für die Nordschleswiger dem Prinzip der Nationalität die gebührenden Einräumungen gemacht würden etwa durch Inanspruchnahme einer Auscheidung der nichtdeutschen Elemente. Wie man mir sagt, ist im Lande selbst die Stimmung für eine solche Auscheidung. Um noch das hinzuzufügen: gegen das Haus Augustenburg hat man englischer Seite Feindschaft Animosität. Wenn 1852 ein augustenburgischer Prinz statt eines glücksburgischen für die gesammte Erbfolge in Aussicht genommen worden wäre, hätte England durchaus nichts dagegen gehabt. Auch das wird hier anerkannt, daß der Londoner Vertrag nur zwischen Dänemark und den einzelnen Mächten, nicht unter diesen selbst abgeschlossen ist.

Ueberlandpost.

Alexandria, 4. Dez. Die letzten Nachrichten aus Ostindien melden, daß Lord Elgin im Sterben liegt. — Die Feindseligkeiten dauern fort in Neu-Seeland. General Cameron hat den Feldzug begonnen. — Das englische Geschwader in Japan hat sich nicht gerührt. Europäische Truppen werden ausgeschifft. — Der Stand der Dinge in China läßt eine baldige Krisis erwarten.

Baden.

Baden, 4. Dez. (Sch. M.) In Angelegenheiten der Erbherzogthümer ist gestern im großen Restaurationsaal des Konversationshauses eine höchst zahlreiche Versammlung gehalten worden. Stadtschreiber Hanßen, ein geborener Schleswiger aus Hadersleben, der im Großherzogthum eine zweite Heimath gefunden, hielt einen Vortrag, welchem einstimmig, endlose Zustimmung folgte. Es ward eine Dankadresse an den Großherzog unterschrieben.

Offenburg, 7. Dez. In der gestern hier stattgehabten Volksversammlung wurden einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Die Versammlung erblickt nur in der vollständigen Trennung der Herzogthümer Schleswig-Holstein von Dänemark die endliche Wiederherstellung deutschen Rechts und deutscher Ehre.

2) Derselbe erklärt den Vollzug des Londoner Protokolls für Landesverrath und spricht ihr tiefes Bedauern darüber aus, daß viele deutsche Fürsten ein Verhalten beobachteten, welches den Anschauungen des gesammten deutschen Volkes nicht entspricht; sie zollt dagegen aufrichtigen Dank dem Großherzog von Baden, sowie allen denjenigen Fürsten, die auch auf diesem Wege dem deutschen Volke als Führer muthvoll voranschreiten. Zugleich spricht sie die Erwartung aus, daß die national gesinnten Regierungen nöthigenfalls auch ohne Mitwirkung der übrigen ihre Streitkräfte sofort zur Verwirklichung des Volkswillens verwenden.

3) Die Versammlung erwartet von der erleuchteten groß. Regierung eine baldige Vorlage an die Stände zur Einführung einer allgemeinen Wehrverfassung.

4) Die Versammlung steht in der wahrhaft einmüthigen Haltung des gesammten deutschen Volkes einen ernst mahnenden Fingerzeig,

dieser nationalen Bewegung eine feste und dauerhafte Organisation zu verschaffen, und diese kann nur bestehen in einem deutschen Parlament.

5) Derselbe erklärt sich bereit zu allen Opfern, welche geeignet sind, der gerechten Sache zum Siege zu verhelfen.

6) Der in der Vorversammlung gewählte Ausschus wird mit dem weitern Vollzuge beauftragt.

Lehr, 6. Dez. (Zrbgr. Ztg.) Heute fand hier eine Landesversammlung badischer Feuerwehrmänner statt; es wurde in derselben ein Verein badischer Feuerwehren konstituir und wurden sofort die Statuten desselben durchberathen und festgesetzt. Die Zahl der Teilnehmer betrug etwa 70; es waren Feuerwehrcorps aus allen Theilen des Landes vertreten. Zum Vereinspräsidenten wurde Kaufmann Stempf in Karlsruhe, zu Ausschusmitgliedern die H. H. Muser aus Freiburg, Franzmann aus Pforzheim, Zeis aus Gernsbach und Mert aus Konstanz erwählt.

Es wurde beschloffen, daß alle zwei Jahre eine Landesversammlung stattfinden, um in gemeinsamer Besprechung alles auf das Feuerlöschwesen Bezügliche in Erwägung zu ziehen und dasselbe im ganzen Land gleichmäßig auf der Höhe des jeweiligen Zeitbedürfnisses zu erhalten. Das Ergebnis der heutigen Berathung wird unzweifelhaft ein für die Vervollkommnung unseres Feuerlöschwesens ersprißliches, fruchtbringendes sein. Auch trug die zuvorkommende Ausnahme, welche die Teilnehmer an der Versammlung hier fanden, nicht wenig dazu bei, daß dieselbe sich in völlig befriedigter Stimmung trennte.

Freiburg, 7. Dez. (Zrbgr. Bl.) Der Schleswig-Holstein-Ausschus zeigt an, daß am Montag, Dienstag und Mittwoch den 7., 8. und 9. d. in dieser Stadt durch die Mitglieder des Ausschusses und andere Bürger und Einwohner eine Hauskollekte für Schleswig-Holstein vorgenommen werden wird. Der Männer-Gesangverein „Concordia“ hat aus seiner Vereinskasse 100 fl. für Schleswig-Holstein zu geben beschloffen.

Bermischte Nachrichten.

Nürnberg, 5. Dez. (N. Corr.) Die Arbeiter der Nürnberger Ultramarinfabrik haben unter sich eine Zeichnung von Beiträgen für die Sache Schleswig-Holsteins veranstaltet; sie lassen sich von heute angefangen während der Dauer eines halben Jahres wöchentlich 3 und 6 kr. von ihrem Verdienst in Abzug bringen, was für 60 Arbeiter, die 6 kr., und 108 Arbeiter, die 3 kr. gezehnet haben, einen Gesamtbetrag von 319 fl. 48 kr. entziffert.

Aus Thüringen, 5. Dez. Das Ministerium in Weiningen hat dem von der Regierung in Washington zum amerikanischen Konsul für Sonneberg ernannten Gustav Struve das Exequatur verweigert.

Bern, 7. Dez. (Bund.) In Folge eines öffentlichen Aufrufs versammelten sich am Samstag Abend ungefähr 150 in Bern lebende Deutsche im Kasino und beschloffen eine Sammlung von Geldbeiträgen für Schleswig-Holstein. Eine angelegte Liste ergab sofort mehrere Hundert Franken, meist in monatlichen Beiträgen. Es wurde ein bleibender Ausschus gewählt.

Hamburg, Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Zeutonia“, Kapitän Haas, welches am 1. Novbr. von hier, und am 6. Novbr. von Southampton abgegangen, ist nach einer Reise von 14 Tagen 2 Stunden am 21. Novbr., früh 10 Uhr, wohlbehalten in Neu-York angekommen.

Aufruf an die Mitglieder der deutschen Landesvertretungen.

Angeht die Ereignisse, welche zur endlichen Geltendmachung der lange unterdrückten Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein und damit zur Wahrung des Rechts und der Ehre der deutschen Nation aufzuredern, sind die unterzeichneten Abgeordneten ohne Rücksicht auf Parteistellung zu vertraulicher Besprechung zusammengetreten und haben einhellig beschloffen:

1) Die sämtlichen derzeitigen Mitglieder der deutschen Landesvertretungen werden eingeladen, an einer am 21. Dez. d. J. zu Frankfurt a. M. abzuhaltenden Versammlung Theil zu nehmen;

2) dieser Versammlung wird vorgeschlagen, sich auszusprechen für die althergebrachte und verfassungsmäßige unzertrennliche Verbindung der Herzogthümer Schleswig-Holstein, für die Selbstständigkeit der Herzogthümer und für vollständige Trennung von Dänemark, für die Erbfolge-Berechtigung Friedrichs von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein;

3) die Versammlung verhandelt und beschließt über die zur entschiedenen und raschen Durchführung der Rechte der Herzogthümer erforderlichen gesetzlichen Mittel.

Wie wir Unterzeichnete diese Beschlüsse einmüthig gefaßt haben, so vertrauen wir, daß dieselben von allen unsern Genossen freudig angenommen werden. Das deutsche Volk aber wird inzwischen eben so wenig als seine Vertreter säumen, in der Vorbereitung zur thätigsten Unterstützung der Herzogthümer pflichtgetreu, wie es dieselbe begonnen, und ununterbrochen fortzuführen.

Nürnberg, 6. Dez. 1863.

Dr. Karl Barth (Bayern), Dr. Marg. Barth (Bayern), Rud. v. Bennigsen (Hannover), Brater (Bayern), Dr. Brinz (Ostreich), Cetto (Preußen), Christmann (Bayern), Karl Schäfer (Bayern), Deffner (Württemberg), Franz Dunder (Preußen), Gust. Duvernoy (Württemberg), Fejer (Württemberg), Dr. J. Fleck (Ostreich), A. Franz (Bayern), Dr. Groß (Ostreich), Dr. Hann (Ostreich), J. Höber (Württemberg), Dr. v. Hofmann (Bayern), Hoyerbed (Preußen), Kolb (Bayern), Leichenfeld (Bayern), Mühlfeld (Ostreich), Dr. Sigm. Müller (Frankfurt a. M.), Oesterlen (Württemberg), Probst (Württemberg), Dr. C. Passavant (Frankfurt a. M.), Dr. Karl Rehbauer (Ostreich), F. Streit (Koburg), Umbach (Bayern), v. Unruh (Preußen), Ed. Wieweg (Braunschweig), Dr. J. Wilt (Bayern), Wiggers (Schleswig-Holstein).

Verantwortlicher Redakteur;
Dr. J. Herm. Kroentlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 10. Dez. 4. Quartal. 134. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: **Im Vorzimmer Sr. Excellenz;** Lebensbild in 1 Akt, von R. Habn. Hierauf: **Der Geizige;** Lustspiel in 5 Akten, von Molière. Nach Dingelstedt's Bearbeitung und Uebersetzung.

Theater in Baden.

Mittwoch 9. Dez. Neu einstudirt: **Die Favoritin;** Oper in 4 Akten, von Donizetti.

